

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Tagesblatt Riesa,
Vertrieb: Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkonto: Dresden 1530
Circulose Riesa Nr. 82.

Nr. 47.

Donnerstag, 25. Februar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife, Vermittlung des Abdrucks, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verleger-Einrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Augen auf!

Nur noch wenige Tage trennen uns von dem Zeitpunkt, an dem wir Mitglied des Völkerbundes werden sollen. Je näher dieser Termin heranrückt, desto schärfer wird der Streit unter unseren Vertragspartnern, ob sie die Zusicherungen, die sie uns gemacht haben, halten wollen oder nicht. Trotzdem dieser Dader hinter den Kulissen der Welt diplomatie und in der Öffentlichkeit der Presse schon nahezu sechs Wochen währt, ist noch keine Entscheidung darüber gefallen, wie die Frage entschieden werden soll. Weltöffentlichkeit gehen die verantwortlichen Staatslenker in ihren Reden um den Kernpunkt der Sache herum, geistlich vermeiden sie es, klar und unmissverständlich ihre endgültige Stellungnahme zu präzisieren. Aus diesem ganzen Streit können wir daher nur das eine erfahren, daß man bewußt Deutschland im Klaren lassen will, wie man sich eigentlich die Lösung denkt. Wir wissen nicht, will man den Anspruch Polens auf einen Ratssitz als unredlich ablehnen, will man diesen Wunsch als gerechtfertigt anerkennen oder will man die ganze Frage auf einen späteren Zeitpunkt verschieben. Keine der Reden, die Brand oder Chamberlain in der letzten Zeit hielten, hat sich für eine dieser Möglichkeiten klar und entschieden ausgesprochen. Wir wissen, daß die Geheimdiplomatie nach wie vor das einzige Mittel geblieben ist, durch das Probleme, die das Schicksal ganzer Völker umspannen, entschieden werden. Dieses Wissen muß uns eine ernste Warnung sein. Eine Warnung, die uns entschieden davor zurückhalten muß, den letzten Punkt hinter eine Entscheidung zu setzen, über deren Konsequenzen wir noch nicht die geringste Gewissheit haben.

Wir werden sich die Formalitäten unserer Aufnahme in Genf abspielen. Zunächst wird am Vormittag des 8. März der Rat zu einer kurzen Sitzung zusammenzutreten, um darüber Beschluß zu fassen, ob er die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund der Vollversammlung empfehlen soll. Auf dem Tagesplan dieser vorbereitenden Sitzung ist allerdings auch die Erörterung der Ratserweiterungsfrage angeführt. Ob aber diese Angelegenheit in dieser nur kurzen Sitzung berührt werden wird, ist allerdings eine andere Frage. Die Ratserweiterung können ja unter Umständen auch zu der Heberzeugung kommen, daß es besser wäre, die Entscheidung erst in der nachfolgenden Sitzung des Völkerbundesrat zu fällen. Würde diese vorbereitende Sitzung des Rates zu entscheiden, so kämen die deutschen Delegierten in Genf einige Minuten vor der Vollversammlung in voller Unklarheit über die Lösung. Trotz dieser Ungewissheit über das Schicksal des deutschen Rechtsanspruches würde das Reich durch den förmlich einstimmig erfolgenden Beschluß der Vollversammlung einige Augenblicke später Mitglied des Völkerbundes sein. Nun erst, nachdem Deutschland vorbehaltlos in den Völkerbund eingetreten wäre, könnte für den Rat der Moment gekommen sein, die endgültige Entscheidung über die Ausgestaltung seines Mitgliederbestandes zu fassen. Die Statuten des Völkerbundes geben jedem Mitglied des Rates die Möglichkeit, unter dem Hinweis, daß es die Aufnahme Deutschlands in den Rat ablehnen würde, wenn die Ratserweiterung nicht in dem von ihm gewünschten Sinne erfolgt, einen Zwang auf die Vollversammlung auszuüben, dem unter Umständen Rechnung getragen werden müßte. So müßte sich denn schließlich Deutschland bereit finden, für die Zulassung Polens zu stimmen, da im anderen Falle keine eigene Aufnahme in den Rat umöglich wird. Etwas anderes bliebe den deutschen Delegierten nicht übrig, da das Reich bereits Mitglied des Völkerbundes ist und eine Austrittserklärung nach Artikel 1, Absatz 3 der Völkerbundslapungen erst nach zwei Jahren rechtswirksam wird.

So liegen die Verhältnisse. Und so könnten sich die Dinge entwickeln, wenn Deutschland nicht schon vor seinem Gang nach Genf sich irgendwelche verbindende Versicherungen verschafft, daß keiner gereizten Forderung nachgegeben wird. In dem ganzen Streit um die Ratssitze hat sich die Reichsregierung im allgemeinen recht passiv verhalten. Sie hat allerdings unmissverständlich ihren Rechtsanspruch dargelegt. Aber sie hat es bis jetzt veräußert, sich darüber Gewissheit zu verschaffen, ob die Angelegenheit in dem von ihr gewünschten Sinne entschieden wird. Wir fürchten, daß diese Haltung der Reichsregierung, wenn sie nicht sofort sich etwas aktiver betätigt, zu Folgen führen wird, die mehr als bedenklich sind. Deutschland hat sich zum Locarno-Geist gefunden. Aber dieser schöne Gebanke steht unmittelbar vor der Gefahr, in Scherben gebrochen zu werden, aus denen allmählich ein halbes Locarno wieder herauskonstruiert werden könnte. Das wäre aber ein Locarno, das uns wirklich wenig nützte. Wir haben nur noch wenige Tage, und vor einem Hinsie unserer Außenpolitik der letzten Zeit zu retten. Die Reichsregierung nehme diese kurze Frist wahr und sichere und das Recht, das uns zusteht. Sie halte die Augen auf, damit wir nicht in eine Sackgasse hineintappen, aus der ein Ausgange kaum mehr zu finden ist.

Dr. Luther und Dr. Stresemann als Vertreter Deutschlands.

Berlin. In dem gestrigen Beschluß des Reichskabinetts, daß sich Reichsminister Dr. Luther und Reichsanwältminister Dr. Stresemann als Vertreter des Reiches nach Genf begeben werden, folgen noch einige ergänzende Mitteilungen:

Die Abreise der deutschen Delegation wird, wie wir hören, am 6. März erfolgen, denn am Sonntag, den 7. März, sollen vertrauliche Besprechungen zwischen den Delegierten der Hauptmächte stattfinden, die sich vor allem auf die Frage

der Vermehrung der Ratssitze und das Zeremoniell beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beziehen dürften. Auch der Sozialminister weiß von einer derartigen Vorbereitung in Genf zu berichten. Nach einer dem Blatte aus Genf zugegangenen Depesche soll in den dortigen Völkerbundskreisen damit gerechnet werden, daß eine Einigung auf folgender Grundlage zustande kommen werde: Spanien soll einen ständigen Ratssitz bereits im März erhalten, während Polen einen nichtständigen Ratssitz bekomme und für seine Wünsche auf einen ständigen Sitz auf den Herbst vertagt werde. Im Berliner Tageblatt wird jedoch noch einmal die Einigkeit der öffentlichen Meinung in Deutschland unterstrichen, daß Deutschland auf seinen Eintritt in den Völkerbund verzichten muß, wenn vor seinem Eintritt oder gleichzeitig damit irgend eine Änderung in der Zusammensetzung des Rates vorgenommen und so in illo tempore die Voraussetzungen verschoben werden, die im Augenblick der Annahme Deutschlands vorliegen. Wie der Deutsche Reichsanwält und der deutsche Reichsanwältminister in Locarno aufrichtig an einem Werk, das den Frieden sichern sollte, mitarbeiten will, so würden sie, wenn man dieses Werk durchaus vernichten will, gemeinsam die notwendigen Erklärungen abzugeben haben und deshalb, so nimmt das Blatt an, reist Dr. Luther mit nach Genf.

Ein Vorschlag Chamberlains.

Chamberlain hat dieser Tage in Birmingham eine Rede gehalten, die im großen und ganzen nicht viel Neues über seine Einstellung zu der Ratfrage brachte. Aus seinen Ausführungen können wir nur einen Vorschlag herausgreifen, der vielleicht geeignet wäre, etwas mehr Klarheit in die Sachlage zu bringen. Er sagte, daß er überzeugt sei, daß, wenn dieselben Männer, die sich in Locarno getroffen hätten, sich noch einmal treffen könnten, sie die bestehenden Meinungsverschiedenheiten doch zu einem endgültigen Übereinkommen führen würden, daß den Streit enden könnte. Dieser Vorschlag hat in englischen parlamentarischen Kreisen geklungen. Man ist dort der Ansicht, daß eine solche mündliche Besprechung der Locarno-Delegierten anlässlich der Ratssitzung in Genf stattfinden könnte und zwar vor dem förmlichen Zusammentritt des Rates, da es in Genf nicht ist, noch ungeklärte Punkte nicht unmittelbar in die öffentliche Ratssitzung zu bringen. Es wäre daher das Gegebene, wenn der deutsche Außenminister Dr. Stresemann einen früheren Zug nach Genf benutzen würde, um etwa schon am 7. März mit den übrigen Locarno-Delegierten die Lösung nehmen zu können. Wir glauben, daß, wenn ein solcher Vorschlag offiziell an die Reichsregierung gelangen würde, sie ihn sehr ernstlich in Erwägung ziehen dürfte. Hierdurch wäre den deutschen Delegierten die Möglichkeit gegeben, noch vor dem entscheidenden Schritt sich Gewissheit über die Folgen, die er zeitigen würde, zu verschaffen. Denn, ohne diese Klarheit nach Genf zu gehen und vorbehaltlos in den Völkerbund einzutreten, wäre ein Beginnen allzu großer Vertrauenslosigkeit. Und Vertrauen auf Ententeversprechungen ist eine Eigenschaft, die wir uns in Anbetracht der trüben Erfahrungen, die wir machen mußten, abgewöhnt haben müßten.

Brasilien's Ansprüche auf einen ständigen Völkerbundsratssitz.

Genf. Der brasilianische Gesandte und Stellvertretende Delegierte beim Völkerbund Castello-Branco Clark gab der Schweizerischen Depeschen-Agentur über den brasilianischen Standpunkt in der Frage der Erweiterung des Völkerbundsrates folgende Erklärung ab:

Die Kandidatur Brasiliens, für einen Ratssitz wurde bereits im Jahre 1921 von dem chilenischen Staatsmann Edwards in einem Interview mit dem „Temps“ in Paris aufgestellt; sie wurde dann in offizieller Form vor der ersten Kommission der zweiten Völkerbundsversammlung wieder aufgestellt. Der chilenische Delegierte regte damals an, es sei Brasiliens als „bedeutendstem südamerikanischen Staat“ ein ständiger Ratssitz einzuräumen. Brasilien ist ein großes Friedensland. Brasilien hat keinen Streit mit irgendeinem seiner Nachbarn oder seinen latein-amerikanischen Brüdern, sondern es hat mehr als ein anderes Land gemeinsame Interessen mit allen diesen Staaten. Brasilien ist das größte Land mit zusammenhängendem Staatsgebiet, nicht nur in Amerika, sondern auch in der Welt. Es ist das einzige Land in Lateinamerika, welches eine Bevölkerung von 35 Millionen Einwohnern hat, d. h. fast soviel, wie sämtliche spanisch-amerikanischen Länder zusammen. Als Mitglied des Völkerbundes ist Brasilien bedeutend größer als die übrigen Mittelstaaten. Alle diese Tatsachen sprechen für den Anspruch Brasiliens auf einen ständigen Ratssitz, denn es geht daraus hervor, daß Brasilien ein ständiges Interesse hat, im Rate vertreten zu sein, und daß der Völkerbund ein nicht minder großes Interesse daran hat, daß Brasilien die Stellung eines ständigen Mitgliedes übertragen wird. Es ist unmöglich, sich eine einzige Angelegenheit der amerikanischen Politik vorzustellen, an der Brasilien nicht direkt interessiert ist. Wenn Brasilien für einen ständigen Ratssitz kandidiert, so geschieht das vor allem darum, damit der amerikanische Kontinent, von dem 19 Staaten dem Völkerbund beigetreten sind, nicht länger der einzig nicht ständige im Rate vertretene Kontinent sei, so lange sich leider die Vereinigten Staaten dem Völkerbund fernhalten. Wir sind Freunde des Völkerbundes seit seinem Bestehen. Brasilien hat noch auf

keiner Völkerbundsversammlung, noch bei keiner Konferenz oder Kommission gefehlt. Es hat in Genf eine ständige Delegation mit dem Rang einer Botschaft geschickten — es ist bis jetzt das erste und einzige Land, welches dem Völkerbund einen derartigen Beweis von Beteiligungsinteresse entgegen gebracht hat — und es hat die Leitung dieser Delegation einer seiner prominentesten politischen Persönlichkeiten, Mello-Franco übertragen.

Finanzministerbesprechung in Berlin.

Berlin. Am 24. d. M. kamen die Finanzminister und Vertreter der Länder im Reichsfinanzministerium zu einer Besprechung über das Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung zusammen. Der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hob in einer einleitenden Rede die bekanntesten Hauptpunkte des Programms hervor. Der Preussische Finanzminister sicherte dem Reichsfinanzminister vertrauensvolle Mitarbeit der Länder bei seiner Amtsführung zu, eine Erklärung, der sich sämtliche Finanzminister angeschlossen. In der eingehenden sachlichen Aussprache wurde von einigen Ländervertretern wegen des eingeschlagenen Weges im Einzelnen Bedenken geäußert, während über das nach dem Programm der Reichsregierung zu erreichende Ziel Einigkeit herrschte.

Belegungsnot.

Berlin. Nach einer amtlichen Statistik sind in der Stadt Mainz noch von den Belegungsbehörden beschlagnahmt 1422 selbständige Wohnungen mit 9329 Räumen. Hierzu kommen noch bei Privatleuten beschlagnahmte Teilwohnungen mit 1802 Räumen. Insgesamt sind das also 2230 beschlagnahmte Wohnungen mit 11 131 Räumen, d. h. auf 10 000 Einwohner entfallen 546 beschlagnahmte Räume. Außerdem sind noch beschlagnahmt 19 Hotels mit 608 Betten. Für den gesamten Fremdenverkehr verbleiben in Mainz nur 407 Betten. Hiergegen stehen nun die Zahlen des Deutschen Wohnungsamtes in Mainz: Von rund 7000 dringenden vorgemeldeten Wohnungsuchenden sind 3472 Familien ganz ohne Wohnung. Die französische Besatzung hat ferner im Besitz über 100 private Büros und Geschäftsräume, über 300 Räume aus städtischem Besitz, viele Lagerräume, eine große Anzahl von privaten und städtischen Anlagen, vier Schulen, 141 Räume und 300 Betten im städtischen Krankenhaus, viele Hundert Räume in staatseigenen Betrieben, über 600 000 Quadratmeter Lagerplätze, Fabrikanlagen, Gebäude usw. Von einer Verringerung der Besatzungsgruppen ist noch nichts zu merken, geschweige denn von einer Herausgabe beschlagnahmter Wohnungen.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Reichsbahn-Gesellschaft.

Berlin. Die gestrige Sitzung des Technischen Ausschusses des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft beschäftigte sich mit den Notwendigkeiten der Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Deutschland. Es haben bekanntlich zwischen der Reichsregierung und der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft Verhandlungen über die Gewährung zunächst eines 50-Millionen- und dann eines 100-Millionen-Kredites stattgefunden. Die Verhandlungen über die finanziellen Bedingungen dieses Kredites sind bisher noch nicht voll zum Abschluß gelangt. Das von der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft dem Ausschuss des Verwaltungsrates vorgelegte Programm über die Verteilung des 100-Millionen-Kredites fand die Billigung des Ausschusses. Im Grunde genommen erstreckt sich das Programm nur auf eine teilweise Wiederaufnahme des im Herbst 1925 aufgestellten Beschaffungsprogramms, das infolge der ständig zurückgehenden Einnahmen der Reichsbahn-Gesellschaft hart gekürzt werden mußte. Insbesondere sollen Verdrängungen finden: Beschaffungen für Oberbau, Einbau von Zug- und Stößvorrichtungen, Verstärkung der Brücken. Dazu kommen kleinere bauliche Ergänzungen, die nicht länger aufgeschoben werden können. Darunter sind auch Wohnungen für Arbeiter und Betriebsbeamte. Auch eine Reihe Bahnhofsbauten soll in der Durchführung beschleunigt werden. Die Beschaffung von D-Zugwagen, L-Klasswagen und Spezialgüterwagen ist in entsprechendem Umfang geplant. Auch die Lokomotivindustrie wird durch neue Aufträge an Speziallokomotiven in engerem Rahmen berücksichtigt werden. Dabei kommen namentlich in Betracht kleine Typen für Nebenbahnen und Rangierzwecke und Speziallokomotiven, z. B. für Hafen- und Schmalspurbahnen. Die Herausgabe der Aufträge soll so schnell wie möglich erfolgen, nachdem die erhoffte Einigung mit der Reichsregierung über die Bedingungen des Kredites erfolgt sind.

Gute Wahlerfolge der Deutschen in Rumänien.

Berlin. Nach den vorläufigen Zusammenstellungen haben die Deutschen in Rumänien bei den Gemeindevahlen außerordentlich gute Erfolge erzielt. In Hermannstadt erreichten sie absolute Mehrheit. In allen übrigen Städten Siebenbürgens, wo sie mit der Rumänischen Volkspartei zusammengingen, erlangten sie die Mehrheit der Stimmen. Im Banat, in Temeswar und in Lugos, wo die Deutschen gleichfalls mit der Rumänischen Volkspartei verbunden waren, gelang es ihnen, die Zweidrittelmehrheit zu erreichen. Auch in Cernowitz haben die Deutschen einen großen Erfolg errungen.